

wandschaften wurden Boff vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz nachgesagt. Im Eröffnungsreferat der Herbstvollversammlung „verdeutlichte“ Kardinal Höffner in kritischer Absicht Zitate von Boff mit Aussagen von Friedrich Engels und Walter Ulbricht.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz hatte es sich zum Ziel gesetzt, an exponierter Stelle die Frage zu beantworten, „wie sich die Theologie der Befreiung zur Soziallehre der Kirche verhält“. Er griff dabei auf seine frühere Fachdisziplin zurück und ließ in dem Referat deutlich die Handschrift des Professors für christliche Soziallehre erkennen. Höffners Schlußfolgerung aus seiner 25 Seiten umfassenden Darstellung der kirchlichen Soziallehre wie der Theologie der Befreiung lautet: „Richtig verstanden ist die Theologie der Befreiung ein Teil der Soziallehre der Kirche.“ Diese klare Einordnung ist in der kirchenamtlichen und theologischen Diskussion neu und geht insofern über die Instruktion der Glaubenskongregation zur Theologie der Befreiung hinaus (vgl. HK, Oktober 1984, 463 ff.). In jedem Fall übersieht sie die Möglichkeit regionaler theologischer Ansätze und ignoriert das Selbstverständnis einer Theologie (und Pastoral) der Befreiung, die in einem umfassenden Sinn „das Evangelium mit den Armen neu zu lesen versucht“.

Während Kardinal Höffner den Marxismus, seine Geschichte, seine politisch-gesellschaftlichen Auswirkungen und damit seine Gefahren für die Kirche kenntnisreich und pointiert darstellt und demgegenüber den Beitrag der katholischen Soziallehre für die Verwirklichung politischer und sozialer Gerechtigkeit herausarbeitet, ist der *ungehemmte Kapitalismus*, den die Bischöfe in Puebla 1979 als eine wesentliche Ursache des sozialen Elends in Lateinamerika benannt haben, nicht Gegenstand seiner Studie. Schwer verständlich ist in diesem Kontext ein Hinweis auf die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik, mit dem die scharfe Kapitalismus-Kritik der Befreiungstheologie entkräftet werden soll. Auch die

Feststellung, „unser Volk lebt nicht von der Ausbeutung anderer Länder, sondern von der Arbeit“, dürfte so nicht zutreffen.

Diese auf europäische oder gar deutsche Verhältnisse verengte Sicht prägt den Text insgesamt. Nur so ist es zu erklären, daß Kardinal Höffner berichtet, er habe bei seinen Besuchen in Lateinamerika zu seiner „Freude gesehen, daß die Seminaristen, Theologieprofessoren, Ordensleute, Priester und Bischöfe nicht als verelendete ‚favelados‘ ihr Dasein fristen müssen; ihr Lebenszuschnitt trägt eher einen mittelständischen Charakter. Ich hoffe, daß es gelingt, einen ähnlichen Lebensstandard für die gesamte Bevölkerung Lateinamerikas zu erreichen.“ In dieser Aussage wird die Tatsache einer zunehmenden *Reproletarisierung der Mittelschicht* übersehen, die die Entwicklung in vielen lateinamerikanischen Ländern kennzeichnet und die Frage, was mit der Theologie der Befreiung wird, wenn es keine Unterdrückten mehr gibt, müßte uns – als Bürger eines europäischen Sozialstaates – eigentlich im Halse stecken bleiben.

Anders als die römische Instruktion unterscheidet Kardinal Höffner nicht zwischen einer „recht verstandenen Befreiungstheologie“ und Strömungen, „die schwerwiegend vom Glauben der Kirche abweichen“. Es ist schade, daß der Kardinal repräsentative Befreiungstheologen durch seine Zitierweise auf eine Stufe stellt mit Wortführern extremer Positionen, die Einzel- oder Randerscheinungen der lateinamerikanischen Kirche und keine Befreiungstheologen sind, wie Ernesto Cardenal, Giulio Girardi und die „Christen für den Sozialismus“.

„Bedenklich ist ein schönes Wort“, heißt es bei Thomas Mann. In diesem Sinn ist das Referat des Kardinals trotz vieler bedenkenswerter Überlegungen ein bedenklicher Text. Allerdings hat die zum Abschluß ihrer Volksversammlung von den Bischöfen veröffentlichte Erklärung zur römischen Instruktion über die Theologie der Befreiung, die ausgewogen formuliert ist und auf die positiven Aspekte des römischen Dokuments abhebt, manches wieder gutmacht. bu

Rechthaberei

Wenn Hans Dietrich Genscher in diesem Monat zu Konsultationen mit der polnischen Regierung nach Warschau fliegt, wird dies der erste Besuch des Außenministers an der Weichsel nach der gewaltsamen Beseitigung des Solidarność-Experiments vor knapp drei Jahren sein. Seitdem ist an Rhein und Weichsel viel politisches Porzellan zerbrochen worden. In Polen wurde das Kriegsrecht eingeführt. Die Bundesrepublik hat den Wechsel von der sozial-liberalen zur liberal-konservativen Koalition erlebt. Und doch haben beide zuerst innenpolitischen Ereignisse auf die gegenseitigen Beziehungen der Vertragspartner von 1970 nachhaltige Auswirkungen gehabt.

Der Geist des Warschauer Vertrages ist schon seit langem verfliegen. Der gute Wille, einen Neuanfang zu wagen, wird zunehmend von *Rechthaberei* und gegenseitigen *Schuldzuweisungen* in Bonn und Warschau überdeckt. War nicht die Pflege der bundesdeutsch-polnischen Beziehungen ursprünglich – zumindest was die deutsche Seite betrifft – zu einer moralisch-politisch gleichwertigen Aufgabe neben der Aussöhnung mit Frankreich und dem jüdischen Volk gemacht worden? Vierzehn Jahre nach der Unterzeichnung des Normalisierungsvertrages sind sie durch Kurzatmigkeit der Akteure in Bonn und Warschau vom Ersticken bedroht.

Gemeint sind damit vor allem Bonner und Warschauer Sonntagsreden, die den Vertragspartner von einst jeweils zum *Spielball innenpolitischer Rücksichten* verkommen lassen. In Warschau geschieht dies mit zunehmender Schärfe in den letzten zwei Jahren – nicht zuletzt mit dem Blick auf die Opposition im eigenen Lande, der Zusammenarbeit mit den „ideologischen Diversionen“ im Westen, u. a. in der Bundesrepublik, vorgeworfen wird. Ein in wenigen Jahren zusam-

mengefallenes äußeres Feindbild soll wieder aufgerichtet werden, nachdem einflußreiche Kreise in Warschau mit Sorge festgestellt haben, daß die Westdeutschen vor allem in Polens Jugend einfach zu beliebt sind.

Das haben wir mit Bedauern zur Kenntnis zu nehmen – mit dem Hinweis auf die negativen Folgen für das beiderseitige Verhältnis. Die Akteure in Polen haben aber ihre Politik erst einmal zu verantworten. Allein?

Leider liefern deutsche Rechthaber, die sich für Politiker halten, die antiquierte Munition für die Propagandasalven gen Bonn frei Haus nach Warschau. Leichtfertiges Gerede über das völkerrechtliche Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, nicht überprüfbare Spekulationen über eine deutsche Minderheit in Polen in Millionestärke *vergiften die politische Atmosphäre*. Wenn überhaupt Verständnis für die Bonner Position in der deutschen Frage geweckt werden kann, dann nicht durch wöchentliche Wiederholung eines Rechtsanspruchs, der international politischen Widerwillen hervorruft. Daß die Bundesrepublik völkerrechtliche Positionen behauptet, um den Status von Berlin nicht zu gefährden und zu verdeutlichen, daß sie sich mit dem gegenwärtigen Zustand in Deutschland zwischen Rhein und Oder-Neiße nicht abfindet, bestreitet ihr ernsthaft keiner – mehr oder weniger unausgesprochen nicht einmal die Polen. Wenn aber Polen in unregelmäßigen Abständen darauf aufmerksam gemacht wird, daß es sich seiner Staatsgrenzen nicht so sicher sein soll, wird das in den siebziger Jahren Erreichte sträflich gefährdet.

Gefordert ist eine Konzeption in der Polen-Politik, die Antwort auf die Frage gibt, welche Rolle und welchen Stellenwert Bonn dem östlichen Nachbarn in der zukünftigen Ost-West-Politik der „Schadensbegrenzung“ in Europa zumißt. Gefordert ist eine Politik, die Polen nicht zum Opfer innenpolitischer Konjunkturen degradiert. Daß die politischen Parteien in der Bundesrepublik nach der Ratifizierung des Vertrages mit Warschau (1972) keine durchdachte und kontinuierliche Polenpolitik entwickelt ha-

ben, macht sich heute schmerzhaft bemerkbar.

Warum buhlen wir um den Besuch eines rumänischen Autokraten, der die deutsche Minderheit im Lande schikaniert, lassen aber das Polen des Generals Jaruzelski links liegen, der gegenüber dem Conducator („Führer“) Ceausescu wie ein Liberaler regiert. An der Weichsel geht seit drei Jahren mehr westliche Präsenz verloren als anderswo in Osteuropa. Hier soll nichts von dem beschönigt werden, was in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts geschehen ist. Aber: Wo bleibt der *Maßstab*, nach dem sich bundesdeutsche Ostpolitik richtet? Wenn sie einen hat, muß sie ihn schleunigst verdeutlichen. Sie kann es Warschauer Propagandisten schwerer machen. *bn*

Nachhilfe

Es sei falsch, von einer bevorstehenden Sondersynode der peruanischen Bischöfe zu sprechen, erklärte ein Vatikansprecher, nachdem in der Presse Anfang September Meldungen aufgetaucht waren, wonach der Episkopat des südamerikanischen Landes auf Ende des Monats nach Rom einberufen worden sei. Es war dann auch keine Sondersynode, zu der sich 44 von insgesamt 56 Mitgliedern der peruanischen Bischofskonferenz (von den residierenden Bischöfen fehlte nur einer) Ende September/Anfang Oktober 18 Tage lang in Rom aufhielten, sondern ein auf besondere Weise arrangierter Ad-limina-Besuch: Nicht nur wurden die Rombesuche von zwei Bischofsgruppen, die zunächst für Oktober bzw. November vorgesehen waren, zusammengelegt; es wurden auch andere Bischöfe nach Rom gebeten, die ihren Ad-limina-Besuch schon im Mai absolviert hatten.

Dennoch wies gerade dieses Treffen Züge auf, die an die holländische Sondersynode vom Frühjahr 1980 denken lassen: Auch diesmal wurde ein Episkopat nach Rom gerufen, weil man dort der Meinung war, er komme mit

einem zentralen Problem intern nicht zu Rande. (Im April hatte der Versuch, zu einer Stellungnahme zur Befreiungstheologie zu kommen, ein Patt von 18 zu 18 Stimmen bei 8 Enthaltungen ergeben.) Auch die peruanischen Bischöfe erarbeiteten und verabschiedeten in Rom ein *Dokument*. Es wurde allerdings nicht sofort publiziert, sondern soll nach letzten redaktionellen Präzisierungen und der endgültigen Approbation durch Rom im November in Lima veröffentlicht werden.

In dem Dokument geht es dem am 7. Oktober von der peruanischen Bischofskonferenz in Rom herausgegebenen Kommuniqué zufolge um eine „Positionsbestimmung im Blick auf die verschiedenen Formen der Theologie der Befreiung, die in ihrer Umwelt präsent sind“. Gleichzeitig erklärten die peruanischen Bischöfe in dem Kommuniqué ihre „volle und uneingeschränkte Zustimmung“ zu der Instruktion der Glaubenskongregation über einige Aspekte der Theologie der Befreiung vom 3. September.

Die römischen Bemühungen, die peruanischen Bischöfe auf einen klaren Kurs zu bringen, fallen in die Zeit der Vorbereitung des für Januar 1985 angekündigten Papstbesuchs in Peru (und anderen lateinamerikanischen Ländern). Johannes Paul II. bekräftigte in seiner Audienzansprache an die Peruaner nochmals die „vorrangige Option“ der Kirche für die Armen. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß die Bischöfe in der Instruktion der Glaubenskongregation eine Aufforderung sehen sollten, mit Realismus und Objektivität die verschiedenen örtlichen Situationen lehrmäßig und pastoral zu beurteilen.

Man wird abwarten müssen, inwiefern das in Rom fertiggestellte Dokument den unterschiedlichen Positionen innerhalb der peruanischen Bischofskonferenz Rechnung trägt oder ob es nur einfach eine Bekräftigung und Wiederholung der römischen Instruktion beinhaltet. Die Erfahrungen der holländischen Sondersynode können einen in bezug auf Sinn und Ertrag römischer Nachhilfe allerdings eher skeptisch stimmen.